



Rechtsausschuss

19. Sitzung (öffentlich)

17. April 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 16.10 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Stenograf: Rainer Klemann

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

hier: a) **Offener Vollzug in der JVA Bielefeld-Senne**

1

- Bericht des Justizministers
- Bericht des zuständigen Abteilungsdirektors im Justizministerium
- Ausführliche Diskussion

b) **Ausreichende Ermittlungskapazitäten für Korruptionsfälle im Bereich der Staatsanwaltschaft Wuppertal?**

- Bericht des Justizministers

9

2 **Qualität der Arbeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Justiz verbessern**

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/1542

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/1583

Vorlage 13/1385

11

- Bericht des Justizministers
- Diskussion

3 **Regelungslücke innerhalb des Gesetzes über den Verkehr mit Betäubungsmitteln (BtMG) schließen**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/1640

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/1841

16

Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 13/1640 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP ab.

Der Ausschuss nimmt den Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 13/1841 in der vom Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP an.

4 Gesetz zur Stärkung parlamentarischer Kontrolle des Verfassungsschutzes, der Justiz und der Polizei

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/1715

17

Der Ausschuss fordert die Regierung einstimmig auf, ihren angekündigten Gesetzentwurf noch vor der Sommerpause vorzulegen.

5 Gesetz über die Errichtung des Landesjustizvollzugsamtes Nordrhein-Westfalen (Landesjustizvollzugsamtsgesetz - LJVAG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/1846

18

Der Ausschuss wird am 29. Mai zu diesem Thema eine Anhörung durchführen. Unter den Fraktionen besteht Einigkeit über die einzuladenden Sachverständigen und den Fragenkatalog.

6 Aufhebung der Immunität eines Mitglieds des Landtags

19

Der Ausschuss billigt bei Enthaltung des Abgeordneten Dr. Wilhelm Droste (CDU) einstimmig folgende Beschlussempfehlung an den Landtag: "Die Immunität des Abgeordneten Clemens Pick wird gemäß Antrag des Leitenden Oberstaatsanwaltes beim Landgericht Aachen, Geschäftszeichen 2 Js 39/02, aufgehoben."

7 Gesetz zur Änderung des Maßregelvollzugsgesetzes - MRVG

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/608
- in der Fassung der Beschlussempfehlung
des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales und
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
Drucksache 13/2409 -

20

Zuschriften 13/1423, 13/1446, 13/1480 und 13/1521

Der Ausschuss beschließt, im Hinblick auf die am 18. April 2002 vor dem Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten

der Vertriebenen und Flüchtlinge stattfindende Anhörung kein eigenes Votum zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 13/608 abzugeben.

8 Vorlage eines periodischen Sicherheitsberichts NRW

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/2287

21

Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 13/2287 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP ab.

9 Katastrophale Kriminalitätsstatistik ist Quittung einer jahrzehntelangen verfehlten Innenpolitik - 10-Punkte-Programm für mehr Sicherheit in NRW

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2375

22

Der Ausschuss lehnt den Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 13/2375 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU ab.

23

10 Abnahme "genetischer Fingerabdruck" von Exhibitionisten

- Bericht des Justizministers

Die Fraktionen bitten den Justizminister, ihnen das zurzeit von der Kriminologischen Zentralstelle in Wiesbaden im Auftrag des Bundesjustizministers erstellte Gutachten zur Gefährlichkeit von Exhibitionisten, dessen Abschluss gegen Ende April 2002 erwartet wird, zuzuleiten.

Außerdem nimmt der Ausschuss das Angebot des Justizministers an, den Komplex "Exhibitionismus" auch im Zusammenhang mit dem Thema "Verstärkung des Schutzes vor Sexualstraftaten" noch einmal aufzugreifen. Eine von der Justizministerkonferenz zu diesem Komplex eingesetzte Arbeitsgruppe wird vermutlich Mitte Juni 2002 einen Bericht vorlegen.

11	Ausstattung der Zellenfenster in nordrhein-westfälischen Justizvollzugsanstalten mit der so genannten Feinvergitterung (von der Fraktion der FDP am 22. März 2002 beantragt)	25
	- Bericht des Justizministers	
	- Diskussion	
12	Einlasskontrollen bei den Justizbehörden in Nordrhein-Westfalen	27
	- Bericht des Justizministers	
	- Diskussion	
13	Untersuchung zur Neugestaltung der bundeseinheitlichen Personalbedarfsberechnung für den richterlichen, staatsanwaltlichen, amtsanwaltlichen und Rechtspflegerdienst in der ordentlichen Gerichtsbarkeit (vom Justizminister am 8. April 2002 beantragt)	30
	- Bericht des Justizministers	
14	Verschiedenes	
	a) Protokoll der Sitzung vom 28. November 2001	32
	b) Sitzung des Rechtsausschusses in Brüssel	32
	c) Gemeinsame Sitzung mit der Rheinischen Notarkammer	33
	d) Personalien	33
	e) www.justiz.nrw.de	33

7 Gesetz zur Änderung des Maßregelvollzugsgesetzes - MRVG

Gesetzentwurf

der Fraktion der CDU

Drucksache 13/608

- in der Fassung der Beschlussempfehlung

des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales und

Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge

Drucksache 13/2409 -

Zuschriften 13/1423, 13/1446, 13/1480 und 13/1521

(vom Landtag am 22. März 2002 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge - federführend - sowie an den Rechtsausschuss überwiesen)

Vorsitzender Dr. Robert Orth setzt die Ausschussmitglieder darüber in Kenntnis, dass der federführende Ausschuss am 18. April 2002 in einer Sondersitzung Experten anhören und danach die abschließende Beratung und Abstimmung durchführen werde.

Wie er, Dr. Orth, den Obleuten bereits mitgeteilt habe, gebe es für den Rechtsausschuss verschiedene Handlungsoptionen. Erstens könne man, wie schon nach der ersten Lesung, auf ein eigenes Votum verzichten. Zweitens bestehe die Möglichkeit, zum Gesetzentwurf Stellung zu nehmen. Die dritte Option laute, als Rechtsausschuss an der Sondersitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge teilzunehmen; eine nachrichtliche Einladung sei erfolgt.

Die Datenschutzbeauftragte habe nicht nur die Zuschrift 13/1521 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge gesandt, sondern auch den Rechtsausschuss entsprechend benachrichtigt.

Frank Sichau (SPD) schlägt vor, kein Votum abzugeben. Bei der morgigen Anhörung würden die Einwendungen der Datenschutzbeauftragten sehr wahrscheinlich berücksichtigt. Seine Fraktion sehe sich auch nicht in der Lage, diese Sondersitzung als Pflichtsitzung für den Rechtsausschuss festzusetzen.

Peter Biesenbach (CDU), Jan Söffing (FDP) und Sybille Haußmann (GRÜNE) schließen sich im Namen ihrer Fraktionen den Aussagen des Abgeordneten Sichau an.

Der **Ausschuss** beschließt, im Hinblick auf die am 18. April 2002 vor dem Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge stattfindende Anhörung kein eigenes Votum zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 13/608 abzugeben.